

Vom Scharen und Scheren!

Von G. Möller.

Im Ruhrgebiet prallen an einem Wochenende zwei Welten aufeinander, zu denen der Kreisverband Oberhausen mit Mut zur Wahrheit Stellung beziehen möchte.

WAZ 26. 9. 2016): „Die SPD schart sich um Hannelore Kraft.“

Frau Kraft wird in Bochum mit einem Wahlergebnis auf Erich-Honecker-Niveau (98,45%!) als Landesvorsitzende im Amt bestätigt. Dafür gibt es zwei Erklärungsmöglichkeiten. Entweder haben sich die Sozialisten nun auch von den Resten ihres basisdemokratischen Gewissens befreit, oder man sieht in der gescheiterten Landesmutter die personifizierte Lösung der gesellschaftlichen Probleme in NRW?

„Wir haben schon viel geschafft und es gibt noch viel zu tun“, eine ihrer zentralen Aussagen, die wir ablehnen weil unsere Zielvorstellung eben nicht der real krepierende Sozialismus ist!

Sie verspricht alles und ihr Wunsch-dir-was-Pogramm strotzt nur so vor Populismus. „Mehr!!“, das ist ihr Zauberwort!

Mehr Kita-Plätze, mehr Bildungsausgaben, mehr Digitalisierung, mehr Unternehmensgründungen und mehr Polizei.

„Das alles und noch viel mehr, würd' ich machen, wenn ich König von Deutschland wär!“ (Rio Reiser).

Wer das „Mehr“ anbietet, muss sich die Frage gefallen lassen, wie es denn sein kann, das der Ist-Zustand in NRW ein „Weniger“ ausweist? Wer war und ist verantwortlich für diese Entwicklung, die nicht vom Himmel fiel und der ein jahrzehntelanges politisches Versagen voraus ging?

Eine sprachliche Anleihe aus Zeiten in denen die SPD noch Volkspartei war, verpufft als Worthülse und zeigt die Orientierungslosigkeit innerhalb der Abwärtsspirale in der sich die Genossen und das Land NRW befinden. Wer „mehr Gerechtigkeit wagen“ will, räumt zumindest ein, das unser Land nicht gerecht ist und seine Bürger unter der Ungerechtigkeit leiden. Wir prognostizieren, das die

SPD auch zukünftig, ihrer Ideologie folgend, der Ungerechtigkeit nur mit dem hilflosen Versuch der Gleichmacherei und Mangelverwaltung begegnen wird. Denn auf zwei Aspekte der Ursachen findet sie keine Antwort:

1. Im wirtschaftlichen, materiellen Bereich bietet das sozialistisch geführte NRW keine Anreize als Standort im Wettbewerb. Somit entzieht sie dem Bürger, mangels qualifizierter Arbeitsplätze, die Möglichkeit sich ein leistungsentsprechendes, selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, unabhängig von einer Alimentierung durch eine steuerfinanzierte Sozialstaatsindustrie, welche an die Grenzen des machbaren stösst.
2. Der kulturgesellschaftliche Aspekt findet keine Würdigung, denn ungerechte Rahmenbedingungen produzieren eine Entsolidarisierung einer Bürgergemeinschaft nach dem Rette-sich-wer-kann-Prinzip. Das Selbstbewußtsein einer Gemeinschaft findet seine Grenzen in einem motivationszersetzenden sozialistischen Verordnungssystem, das auf eine Entindividualisierung des einzelnen hin zur gleichförmigen Kollektivmasse abzielt.

WAZ: „Wenn Kinder sich verlassen fühlen.“

Die Verlierer dieses sozialistischen Umgestaltungsprozesses sind die, in welche wir unsere Hoffnungen für eine wahrhaft gerechte Zukunft setzen. Unsere Kinder! Ihre Rahmenbedingungen lauten:

1. Kein Geld für Schulsanierungen, wobei NRW bezeichnender weise das Schlusslicht bei den Bauausgaben darstellt. Eine Schuldebatte um ein "Turbo- Abitur" (schon die Bezeichnung stimmt nachdenklich), dessen hin und her niemand mehr nachvollziehen kann. Wie auch, denn mit Logik und Sinnhaftigkeit hat diese ideologievergiftete Auseinandersetzung nichts mehr zu tun, vom Wohl der Kinder redet kaum noch jemand. Man kann zu dem Thema unterschiedlicher Meinung sein, aber die Betroffenen brauchen Planungssicherheit anstelle von diffusen Kursschwankungen der etablierten Politik, je nach wahltaktischen Erfordernissen.
2. Das Abschieben von Eltern in ein Hartz4-System ohne Aussichten und Perspektiven zerstört die Rahmenbedingungen für intakte familiäre Strukturen. Während die betroffenen Eltern sich teilweise in resignativer Selbstaufgabe in private Zerstreungen flüchten, verlieren sie jedoch nicht die Vorbildfunktion für ihre Kinder, ein Nacheifern ist vorprogrammiert. Die sich daraus ergebende zusätzliche demoskopische Problemstellung basiert auf der Tatsache, das Kinder aus Großfamilien häufiger in der Armutsfalle landen als Einzelkinder.

Neben der materiellen greift auch die soziale Verwahrlosung einer zukünftigen Generation, auf die eine etablierte Obrigkeit nur eine Antwort kennt: Kinder unter verstärkter Staatskontrolle! Der von uns angemahnten Abwärtsentwicklung in NRW, hervorgerufen durch eine realitätsverleugnende Weiter-so-Politik der Altparteien, muss durch eine Thematisierung auch im Landesparlament Rechnung getragen werden. Dafür stellt sich die AfD als konstruktive sachbezogene Opposition zur Landtagswahl 2017.

„Glück auf!“

Ihr Kreisverband Oberhausen

„Im übrigen sage ich, was ich denke und schere mich keinen Deut darum, ob die anderen ebenso denken wie ich.“ (Voltaire)